

zielt werden. Veraltete Industrien sowie eine unterentwickelte oder gleichfalls veraltete Infrastruktur dürften räumlich die entscheidenden Ursachen der Beschäftigungsschwierigkeiten sein. Ein Musterbeispiel für entsprechende Maßnahmen wäre die Errichtung von Hochschuleinrichtungen im Raum Gelsenkirchen-Recklinghausen. Sie würde eine Initialzündung für die Schaffung höher qualifizierter Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Gebiet bedeuten.

Ein besonderes Problem stellen die fehlenden Arbeitsplätze in den Verwaltungsbereichen dar. Hier werden sich Land und Gemeinden überlegen müssen, wie sie das mangelnde Angebot bei privaten Unternehmen und Einrichtungen ggf. ausgleichen können.

Im Oktober muß der Startschuß für Maßnahmen gegeben werden, die dem Ziel Nr. 1 der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik in diesem Land — Sicherheit der Arbeitsplätze — Rechnung tragen.

F.D.P.: Konjunkturpolitik strukturpolitisch absichern

Hierzu erklärt der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Hans Koch:

Die F.D.P.-Landtagsfraktion unterstützt die konsequente Stabilitätspolitik der Bundes- und der Landesregierung. Durch sie ist auch für die kommende Tarifrunde ein Rahmen für ein stabilitätskonformes Verhalten der Tarifpartner abgesteckt. Im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer ist es jedoch notwendig, regionalen und sektoralen Beschäftigungseinbrüchen entgegenzuwirken. Deshalb begrüßen wir das von der Bundesregierung geplante Sonderprogramm, mit dem die Stabilitätspolitik abgesichert werden soll.

Bereits jetzt zeichnet sich jedoch ab, daß der auf Nordrhein-Westfalen entfallende Anteil allein nicht ausreicht, um den konjunkturell wie strukturell bedingten Beschäftigungsproblemen in unserem Land erfolgreich zu begegnen. Daher ist ein zusätzliches Hilfsprogramm der Landesregierung in einer Größenordnung von zunächst 100 bis 150 Millionen DM erforderlich.

Dieses Programm sollte sich auf Gebiete konzentrieren, die eine erheblich über dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit aufweisen. Sachliche sollte sich das Programm auf Infrastrukturvorhaben des Landes und der Gemeinden konzentrieren. Aus der Vielzahl der Projekte sollten die Vorhaben ausgewählt werden, die sofort vergeben werden können und die besondere strukturpolitische Wirkungen auslösen. Bei der Vergabe der Vorhaben sollten kleine und mittlere Baufirmen besonders berücksichtigt werden. Denn nur so kann sichergestellt werden, daß die Maßnahmen der jeweiligen Programme die Arbeitslosenzahlen in den betroffenen Arbeitsamtsbezirken verringern.

Die F.D.P.-Fraktion geht davon aus, daß die Landesregierung den Landtag mit dem Programm befassen wird, falls über den Landeshaushalt 1974 hinausgehende Mittel bereitgestellt werden müssen, und daß die Landesregierung die zuständigen Ausschüsse des Landtags über Durchführungsrichtlinien, Verteilung der Mittel und Abwicklung des Programms unterrichtet.

Porträt



Helmut Loos (CDU)

Seinen Start in die Politik hatte er Anfang der sechziger Jahre auf dem Sportplatz der Gemeinde Lülsdorf im Siegkreis. Der damalige Hauptlehrer Helmut Loos, Pädagoge und Sportlehrer, kämpfte um ein angemessenes Betätigungsfeld für die sportbegeisterte Jugend seiner Gemeinde. Aber die Entscheidung lag in den Händen der Politiker. Der Lehrer zog aus dieser Erkenntnis Konsequenzen und ging selbst in die Politik. Als Ortsvorsitzender der CDU wurde er bald auch Bürgermeister und Kreistagsmitglied seiner Partei.

Nach neun Jahren Kommunalpolitik bot sich ihm 1970 auch der Einstieg in die Landespolitik. Gegen zahlreiche Konkurrenten wurde er mit knapper Mehrheit zum Direktkandidaten der CDU für den Wahlkreis 24/Siegkreis I nominiert und von den Wählern in den Landtag entsandt. Selbster gibt er morgens zwei Stunden Unterricht, fährt dann mit seinem Wagen nach Düsseldorf, um an Fraktions-, Ausschuß-, Arbeitskreisl- oder Plenarsitzungen teilzunehmen. Anschließend bemüht er sich in Lülsdorf, seine Rektorpflichten zu erledigen. Abende und Wochenenden gehören der Parteilarbeit und nur der Donnerstagabend dem Sportverein und der Freitag der Familie.

Der Übergang von der Kommunalpolitik zur Landespolitik — so erinnert sich Loos heute — war schwierig, vor allem der — im Vergleich zum Kreistag — zu einem Strom angewachsene Informationsfluß. Dennoch macht dem Pädagogen inzwischen auch die Arbeit in der Landespolitik Freude, so daß für ihn die mit Beginn der nächsten Legislaturperiode auch auf die Lehrer ausgedehnte Inkompatibilität (Unvereinbarkeit von Amt und Mandat) zu einer schweren Gewissensfrage wird. Wahrscheinlich aber wird der Parlamentarier über den Pädagogen slegen, wenn auch nicht leicht, denn das Gespräch mit den Schülern der Abschlussklasse seiner Hauptschule würde der Rektor doch sehr vermissen. Es war immer nicht

nur Geben, sondern auch sehr viel Nehmen, versichert Loos freimütig.

Hier spürt der Lehrer etwas, was viele schon vor ihm in die Politik gegangene Pädagogen festgestellt haben; daß Diskutieren wichtiger und ergiebiger ist als Polemisieren. Allerdings kommt auch er nicht an der Erkenntnis vorbei, daß Polemik in der Politik nun einmal mit zum Handwerk gehört.

Als Parlamentarier steht der Hauptschulrektor der Schulpolitik der Landesregierung kritisch gegenüber. Der Zwang, alles schnell machen zu müssen, habe zu vielen Fehlern geführt. Ob die Pädagogen unter den Landtagsabgeordneten ein ausreichendes Korrektiv zu Fehlentwicklungen in der Bildungs- und Schulpolitik sein können, wagt er zu bezweifeln.

Loos fühlt sich an einen selbstgestellten Auftrag gebunden. Er stammt noch aus der Zeit, in der der geborene Westerwälder vom Jahrgang 1924 mit über 500 deutschen Kriegsgefangenen jahrelang auf engstem Raum zusammengepfercht in der Sowjetunion leben mußte. „Anderen helfen“ hatte er sich geschworen. Im Arztberuf sah er damals eine besonders gute Gelegenheit. Aber der Helmkehrer mußte schnell erkennen, daß der berufslose Abiturient nur mit einem kürzeren Studium bald Boden unter den Füßen bekommen konnte. So gesehen sind Lehrerberuf und politische Betätigung nur die Verwirklichung eines einsamen Beschlusses in einem Gefangenenlager im russischen Norden.

Zurückgeblieben sind weder Haß noch Verbitterung, sondern die — bisher unerfüllte — Hoffnung, auch einen persönlichen Beitrag zur Freundschaft mit anderen Völkern leisten zu können.

Karl Fischer